

Eine letzte Chance für die Neutralität 2

Chinas Xi riskiert den Weltkrieg und seinen eigenen Untergang 4

Europa rückt nach rechts. Die Demokratie ist in Gefahr 6

Die US-Währungspolitik ruiniert die Weltwirtschaft 8

Resilienz oder Schwäche? Die Weichen werden vor dem zehnten Lebensjahr gestellt 10

Warum wird in der Energiepolitik jede Logik ausgeschaltet? 12

Abo-Service:
verlag@vvg-wien.at
Jahresabonnement:
Österreich: € 55,00
inkl. MwSt.,
außerhalb
Österreichs: € 60,00.

Medieninhaber und Medienunternehmen: Volkswirtschaftliche Verlagsges.m.b.H.
 Herausgeber und Chefredakteur: Ronald Barazon
 Geschäftsführung, Anzeigenleitung, Vertrieb, Redaktion: alle 1070 Wien, Schottenfeldgasse 93/6
 e-mail: verlag@vvg-wien.at
 Kto. AT41 6000 0000 0238 8232
 BIC: BAWAATWW
 UID: ATU14892909
 Die grundlegende Richtung wird von der Menschenrechtskonvention, den Prinzipien der freien Marktwirtschaft und der Ablehnung jeder Diktatur sowie jeder Verletzung der demokratischen Freiheiten bestimmt.
 Druck: Robitschek, 1050 Wien.



Eine letzte Chance für die Neutralität

Von Ronald Barazon

Österreich hat bisher nichts getan, um die 1955 beschlossene immerwährende Neutralität glaubhaft zu gestalten. In dem fünf Zeilen umfassenden Gesetz wurde erklärt, das Land werde mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die Neutralität aufrechterhalten und verteidigen. Die einzige Präzisierung besteht in der Erklärung, dass man keinem militärischen Bündnis beitreten werde. Man hätte sich mehr erwartet, doch liefert schon die sparsame Formulierung genug Zündstoff. Von einem Staat, der erklärt, er werde keinem Militärbündnis beitreten, kann man erwarten, dass dieser Staat sich selbst verteidigt. In den siebenundsechzig Jahren, die seit dem Beschluss des Neutralitätsgesetzes vergangen sind, kann niemand behaupten, man hätte mit allen zu Gebote stehenden Mitteln etwas getan, um das Land im Ernstfall zu schützen.

Flugzeuge, die nicht fliegen können

Das Bundesheer wurde finanziell ausgehungert. Und als einmal großzügig die teuren Euro-Fighter gekauft wurden, beschloss man anschließend bei der Ausstattung zu sparen, sodass die Abfangjäger in der Nacht nicht fliegen können.

Die verlorene Friedensdividende

Diese Politik kann man im Nachhinein rechtfertigen, da in den vergangenen Jahrzehnten in Europa kein Krieg stattgefunden hat und alle Zeichen auf Frieden standen.

Das ist seit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine nicht mehr der Fall. Im Gegenteil: Durch die Unterstützung der Ukraine durch die NATO-Staaten wächst die Gefahr eines umfassenden Kriegs und in der Folge die Möglichkeit, dass die EU-Mitglieder, die auch NATO-

Mitglieder sind, an einem Krieg teilnehmen müssen.

Wie weit weg ist die NATO?

Womit Österreich gefordert wäre. Das offizielle Österreich weist schon die Feststellung, dass Österreich gefordert wäre, zurück. Die EU ist keine militärische Organisation, was die NATO-Mitglieder tun, geht die anderen EU-Länder und insbesondere das neutrale Österreich nichts an. Man lese doch bitte den Lissabonner Vertrag. Jawohl, so lautet der Text. Aber schon ein erster Punkt in diesem Text sollte zum Nachdenken anregen.

Die EU ist eine militärische Union

Die EU ist seit dem Jahre 2009 keine Wirtschaftsunion mehr, sondern eine politische Union, die eine Außen- und Verteidigungspolitik betreibt, die sehr

wohl zu militärischen Einsätzen führen kann. Genau genommen ist also die EU ein Militärbündnis, dem Österreich gemäß dem immer noch geltenden Verfassungsgesetz über die Neutralität nicht angehören dürfte. Um diesen Widerspruch aufzulösen, gibt es den Artikel 31 im EU-Vertrag, wonach sich ein Mitglied bei einem entsprechenden Beschluss des Rates der Stimme enthalten kann.

Österreich allein gegen alle

Alles ist also scheinbar perfekt geregelt. Die EU beschließt einen Militäreinsatz, Österreich enthält sich der Stimme und macht nicht mit. Das ist schon eine eigenartige Situation, wenn der österreichische Bundeskanzler die anderen EU-Regierungschefs brüskiert. Das sind immerhin 26, und wenn man die anderen Neutralen, Schweden, Finnland und Irland, ausklammert, 23. Schweden und Finnland sind auf dem Weg in die NATO, in Irland tobt eine heftige Diskussion über einen NATO-Beitritt.

Und niemand für Österreich

Doch sei angenommen, dass der österreichische Bundeskanzler, wer es auch immer sein mag, ein derart starkes Rückgrat hat und in einer Sitzung des EU-Rates der Regierungen einfach und klar sagt „Nein,